

Diskursverweigerung

Autor(en): **Hoffmann, Christian P.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **97 (2017)**

Heft 1050

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-736573>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

FREIE SICHT

Diskursverweigerung

Vor wenigen Wochen veröffentlichte Amy Wax, Professorin für Recht an der University of Pennsylvania, in einer lokalen Zeitschrift einen Meinungsbeitrag zu den Ursachen von Armut in den USA. Darin nennt sie den Verfall bürgerlicher Werte, insbesondere den Zerfall traditioneller Familienstrukturen, als eine wesentliche Ursache von Armut. Weil Wax von Kultur spricht, und ethnische Minderheiten besonders stark

von Armut betroffen sind, folgte die Reaktion studentischer Organisationen auf dem Fusse: Amy Wax sei eine Rassistin, sie vertrete die «böartige Logik heteropatriarchalischer, klassenbasierter, weisser Überlegenheit», die das Land «plage». Die Folge: Forderungen nach einer Entlassung der Professorin. Zahlreiche Kollegen distanzieren sich von der Angegriffenen. Eine Auseinandersetzung, eine Debatte oder auch nur ein Streit über die Inhalte blieb aus. Keine Spur von intellektueller Offenheit. Stattdessen: puritanische Diskursverweigerung.

Vorfälle wie die Angriffe auf Amy Wax mehren sich. Diskursverweigerung ist aber kein Privileg der Linken. Hiesige Rechte sehen etwa in Befürwortern von Migration oder europäischer Einigung böswillige Kulturzerstörer, gar Befürworter eines «schleichenden Genozids» (Akif Pirincci). Und wer will mit Zerstörern und Mördern schon diskutieren?

Ende 2016 zeigte eine Umfrage des US-Forschungsinstituts Pew, dass 55 Prozent der Republikaner und Demokraten eine «stark negative» Sicht der jeweils anderen Partei aufwiesen. Etwa 30 Prozent sahen im Gegenüber gar eine «Gefahr für die Wohlfahrt des Landes». Mit Gefahren aber debattiert man nicht, man bekämpft sie. Viele Anzeichen deuten auf eine zunehmende Polarisierung bei intellektueller Verkrustung beider Flügel des politischen Spektrums hin, nicht nur in den USA. Denkbare schlechte Voraussetzungen für eine freiheitliche Demokratie und intellektuellen Fortschritt! Zeit also für Liberale, den offenen Diskurs gegen rechte und linke Sehnsüchte nach ideologischer Reinheit zu verteidigen.

Christian P. Hoffmann

ist Professor für Kommunikationsmanagement an der Universität Leipzig und Forschungsleiter am Liberalen Institut in Zürich.

RES PUBLICA

Lieber traditionell

Fünfzigtausend Akademikerinnen am Herd! So lautete einmal die Schlagzeile einer Pendlerzeitung. Die Entrüstung über das brachliegende volkswirtschaftliche Potenzial war gross. All diese Juristinnen, Kunsthistorikerinnen und sowieso, diese Ärztinnen! Alle sind sie bestens und teuer ausgebildet, aber kaum sind die Kinder auf der Welt, verschwinden sie vom Arbeitsmarkt und tauchen erst Jahre später in der Statistik wieder auf. Wie unerhört. Dabei sollte sich niemand wundern. Wenn man sie messen müsste, dann reicht die Gleichberechtigung in der Schweiz nämlich nur genau bis zur Geburt des ersten Kindes. Von da an unterteilt der Staat Väter und Mütter in zwei verschiedene Arten von Bürgern. Die ungleiche Behandlung hat System – und ist politisch gewollt, sei es bei den Steuern, den Sozialwerken oder im Schulsystem.

Ich wollte mal ein Buch schreiben mit dem Titel: «Warum ich eine der 50 000 Akademikerinnen am Herd bin.» Ich verrate es Ihnen aber schon jetzt. Alles in der Schweiz ist darauf ausgelegt, dass mindestens ein Elternteil zu Hause auf die Kinder schaut. Finanziell lohnt sich maximal ein Pensum von 40 bis 60 Prozent, alles andere fressen die Steuern und die Kinderbetreuungskosten wieder weg. Der Stress, das schlechte Gewissen, die Zerreihsprobe bei Krankheit des Nachwuchses: All das ist Vergangenheit, seit ich weniger Geld für meine Arbeit bekomme. Nicht, dass mein Alltag nun weniger anstrengend wäre. Im Gegenteil, die Tage in der Redaktion waren oft erholsamer als zu Hause. Trotzdem bin ich momentan zufriedener, weil ich mehr abfedern kann.

Genau das bestätigt übrigens auch eine neue Auswertung der Longitudinal-Studie «Vivre en Suisse». Familien, in denen die Mütter Teilzeit und die Väter Vollzeit arbeiten, sind glücklicher. Et voilà. Warum, so mag man sich fragen, die Klage über die fehlende Gleichberechtigung? Vielleicht, weil das traditionelle Modell hierzulande keine Wahl ist, sondern ein Umstand, dem man sich als Eltern beugen muss.

Nadine Jürgensen

ist Juristin, freie Journalistin und Moderatorin. In ihrer Kolumne «Res publica» beschäftigt sie sich jeweils mit den Debatten des letzten Monats. Sie lebt bei Zürich.